



Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann MdEP

Mitglied des Europäischen Konvents

Rede auf der Plenartagung des Konvents, Brüssel, 6. Juni 2002

**Justiz- und Innenpolitik:
Die gesamte Konstruktion der Dritten Säule muss fallen**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen,
so wie bisher kann es mit der EU-Innen- und Justizpolitik nicht weitergehen: Die gesamte Konstruktion der Dritten Säule muss fallen.

Was ist denn das Kennzeichen der Dritten Säule? Eine nahezu groteske **Undurchsichtigkeit** der Entscheidungen: Wer, wie und warum Entscheidungen auf diesem so wichtigen Politikfeld fällt, bleibt total im Dunkeln. Eine **demokratische Kontrolle** ist praktisch unmöglich. Dem Europäischen Parlament wurde **das „Recht“** - wenn dieser Begriff überhaupt zutreffend ist- auf Stellungnahme zugebilligt. Ich frage Sie: Was hat das mit einem demokratischen Verfahren zu tun? Drückt sich darin das Wesen der europäischen parlamentarischen Demokratie aus, dass das Parlament Stellungnahmen abgeben kann, um die sich dann keiner mehr schert?

Auch das Kriterium der **Rechtsstaatlichkeit** wird in der Dritten Säule verfehlt. Wo ist die europäische Gewaltenteilung? An welchen Gerichtshof kann sich die Bürgerin bzw. der Bürger wenden, wenn seine bzw. ihre Grundrechte durch exekutive Maßnahmen in diesem Bereich verletzt werden?

Ich kann und will mir z. B. für die Zukunft keine europäische Polizei vorstellen, die nicht demokratisch kontrolliert ist. Europol ist dafür ein schlimmes Beispiel. Doch was passiert? Anstatt über demokratische Kontrolle nachzudenken und die demokratischen Defizite zu beheben, wird nur an der Übertragung von immer mehr Befugnissen und mehr Macht an diese Institution gearbeitet. Eine europäische Polizei - die

über volle polizeiliche Befugnisse verfügen soll, die eigenständig ermittelt und Straftaten verfolgt - und deren Ermittler womöglich noch über Immunität verfügen, wäre ein Rückfall ins 19. Jahrhundert.

Deshalb denke ich, wir müssen mutig sein und die undemokratische und intransparente Situation überwinden. Deshalb lassen Sie uns einen Sprung tun! Das heißt: Integration der Dritten Säule in die Erste Säule, demokratische Kontrolle von Europol durch das Europäische Parlament, voller Rechtsschutz durch den EuGH gegenüber der europäischen Exekutive für die Bürgerinnen und Bürger. Das heißt auch Überführung in die Mehrheitsentscheidung des Rates und Mitentscheidung des Europäischen Parlaments.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, noch ein Wort zum Themenkreis Asyl-, Flüchtlingspolitik und Migration. Es ist nicht akzeptabel, wenn hier nur von "Arbeitskräften" die Rede ist. Es kommen Menschen, Menschen mit ihren Familien, zu uns nach Europa. Und diese Menschen haben Grund- und Menschenrechte, die geachtet und garantiert werden müssen. Die Politik darf daher z. B. auch nicht die Genfer Flüchtlingskonvention in Frage stellen. Diese Konvention verkörpert gemeinsame Werte und ist anerkanntes gemeinsames Recht, ihre Bestimmungen sind also einzuhalten.